

**SPD-FRAKTION IM RAT DER STADT ESCHWEILER**  
Johannes-Rau-Platz 1 - 52249 Eschweiler

An  
Stadt Eschweiler  
Herrn Bürgermeister  
Patrick Nowicki

SPD-Fraktion im Rat der Stadt  
Eschweiler  
Johannes-Rau-Platz 1  
52249 Eschweiler

Ausschließlich per E-Mail

Eschweiler, 10.02.2026

**Antrag: „Einführung von Bodycams für das Personal des Ordnungsamtes der Stadt Eschweiler“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion beantragt, den folgenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Eschweiler aufzunehmen:

„Einführung von Bodycams für das Personal des Ordnungsamtes der Stadt Eschweiler“

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Eschweiler beauftragt die Verwaltung, die Beschaffung und Einführung von Bodycams für das Personal des Ordnungsamtes zu prüfen und vorzubereiten. Hierzu sollen rechtliche, organisatorische, datenschutzrechtliche sowie finanzielle Aspekte bewertet und ein umsetzungsfähiges Konzept erarbeitet werden. Zudem soll die Beschaffung eng mit dem Personal des Ordnungsamts abgestimmt werden. Das Ergebnis ist dem Rat oder dem zuständigen Vergabeausschuss schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Begründung:**

Die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes übernehmen täglich wichtige Aufgaben für Sicherheit, Ordnung und das Zusammenleben in unserer Stadt. Dabei geraten sie zunehmend in konflikträchtige Situationen. Verbale Übergriffe, Bedrohungen und auch körperliche Auseinandersetzungen stellen leider keine Ausnahme mehr dar. Diese Entwicklung einer Verrohungs- und Gewaltspirale wird bundesweit beobachtet.

Unseres Wissens ist es bislang in Eschweiler glücklicherweise zu keinen ernsthaften und größeren Auseinandersetzungen gekommen, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Verletzungen ausgesetzt wurden. Der tragische Tod eines Zugbegleiters in Rheinland-Pfalz, der sich massiver Gewalt eines Passagiers ausgesetzt sah, hat bundesweit Betroffenheit ausgelöst und erneut die Diskussion zur Sicherheitsausstattung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst entfacht. Dieser Vorfall macht auf dramatische Weise deutlich, wie schnell Routineeinsätze eskalieren und in lebensbedrohliche Situationen übergehen können. Die Forderung nach besseren Schutz- und

Dokumentationsmöglichkeiten ist dabei nicht länger nur eine präventive, sondern auch eine gesellschaftliche Verpflichtung.

In der öffentlichen Debatte werden zunehmend Bodycams als ein mögliches Schutzinstrument benannt, das besonders Beschäftigten im Außen- und Kontrolldienst helfen kann, gefährliche Situationen frühzeitig zu erkennen, abzuschwächen und im Ernstfall objektiv zu dokumentieren. Diese Forderungen betreffen nicht nur den Bahnverkehr, sondern sind übertragbar auf alle Berufsgruppen, die im Kontakt mit unübersichtlichen, konfliktreichen Situationen stehen – hierzu zählen ausdrücklich auch die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes.

Der Einsatz von Bodycams hat sich in vielen Kommunen und bei Polizeibehörden als wirksames Mittel zur Deeskalation erwiesen – so beispielsweise in den Städten Köln, Trier und Recklinghausen sowie zahlreichen weiteren Kommunen. Auch die Polizei in NRW hat gute Erfahrungen mit dem Einsatz von Bodycams gemacht. Die sichtbare Präsenz einer Kamera kann konflikteskalierende Situationen frühzeitig entschärfen, da sich Beteiligte ihres Verhaltens stärker bewusst werden. Gleichzeitig bieten aufgezeichnete Bild- und Tonaufnahmen im Konfliktfall eine objektive Dokumentation des Geschehens. Dies dient sowohl dem Schutz der Mitarbeitenden vor ungerechtfertigten Vorwürfen als auch der transparenten Aufklärung strittiger Situationen.

Bodycams stärken damit nicht nur die persönliche Sicherheit der Beschäftigten, sondern auch das Vertrauen in ein nachvollziehbares und professionelles Verwaltungshandeln. Sie können helfen, Einsatzlagen zu beruhigen, Eskalationen zu verhindern und Beweissicherung zu ermöglichen.

Selbstverständlich müssen bei der Einführung datenschutzrechtliche Vorgaben strikt eingehalten werden. Moderne Systeme erlauben eine rechtskonforme Nutzung mit klaren Aktivierungsregeln, Speicherfristen und Zugriffsbeschränkungen. Eine sorgfältige Prüfung durch die Verwaltung stellt sicher, dass sowohl Persönlichkeitsrechte als auch die Interessen der Mitarbeitenden gewahrt bleiben.

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Außendienst ist es aus Sicht der Antragsteller geboten, zeitnah zu prüfen, wie Bodycams als ergänzende Schutzmaßnahme implementiert werden können. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen des Ordnungsamtes zu verbessern, die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig einen transparenten Umgang mit Konfliktsituationen zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen



Aaron Möller  
Fraktionsvorsitzender